

KN, vom 9. 4. 16

AfD und CDU haben zu früh gewählt

Wind-
kraft
im MKK

Konstituierung der Fraktionen

MAIN-KINZIG

Der neu gewählte Kreistag kommt am Freitag, 22. April, zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode zusammen. Mit Spannung wird der Auftritt der neuen Fraktion der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) erwartet, die gleich einen ersten Antrag eingereicht hat. Darin wird unter anderem die Kreisspitze aufgefordert, keine Werbung mehr für den Ausbau von Windenergie im Main-Kinzig-Kreis zu betreiben.

In der Kreisverwaltung laufen unterdessen bereits die Vorbereitungen für die erste Kreistagssitzung, und auch die ersten Fehler wurden bereits festgestellt: CDU und AfD haben ihre konstituierenden Fraktionssitzungen zu früh abgehalten, die durchgeführten Wahlen sind somit ungültig. Die „alte“ Wahlperiode lief nämlich noch bis zum 31. März, die neuen Kreistagsabgeordneten wurden erst für fünf Jahre ab dem 1. April gewählt. Die AfD-Fraktion hatte ihre konstituierende Sitzung inklusive Wahlen am 21. März durchgeführt, die CDU sogar noch früher.

Für die Kreistagssitzung am

22. April hat der Kreistagsabgeordnete und designierte Fraktionsvorsitzende Dr. Wolfram Maaß (AfD) unterdessen am 1. April und somit formal richtig einen ersten Antrag eingereicht. Demnach soll der Kreistag beschließen, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel auszunutzen, um den weiteren Ausbau der Nutzung von Windenergieanlagen im Main-Kinzig-Kreis zu verhindern, zudem solle jede Werbung für den Ausbau von Windenergie im Kreisgebiet durch das Präsidium des Kreistages und den Kreisausschuss unterbleiben.

In seiner Antragsbegründung erklärt Maaß, dass die Wälder im Main-Kinzig-Kreis zunehmend durch die Errichtung von Windkraftanlagen zerstört würden. „Der Erholungswert dieser Landschaft geht durch diese Politik unwiderruflich verloren“, erklärt Maaß. Zudem seien damit Gefahren für die im Umfeld lebende Bevölkerung sowie auch für die Fauna verbunden. Negative Auswirkungen auf die demographische Entwicklung und ein Wertverlust der Immobilien seien zu befürchten. Durch die Subventionierung finde zudem eine Vermögensumverteilung von der Bevölkerung und Wirtschaft hin zu wenigen Subventionsgewinnern statt, Leidtragende seien Bürger, die mit einem kleinen Verdienst oder „mit der Rente“ auskommen müssten. anz